

Wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik und der DDR bis 1961

Die wirtschaftliche Entwicklung verlief in beiden deutschen Staaten sehr unterschiedlich. Während in der Bundesrepublik ein rasches **Wirtschaftswachstum** für einen Boom der Konjunktur und für Vollbeschäftigung sorgte, hatte die DDR mit den harten Reparationsforderungen der Sowjetunion zu kämpfen und stand unter dem Diktat der **stalinistischen Industrialisierung**.

Für die Bundesrepublik ist ausschlaggebend, dass die Westmächte schon früh auf Reparationen verzichteten und die Demontagen einstellten, zunächst aus dem Grund, weil eine langfristige wirtschaftliche Unterstützung der Westzonen vor allem für Großbritannien unbezahlbar gewesen wäre. Die **Marshallplanhilfe**, die dann insgesamt 828 Mio. US-\$ in die Westzonen fließen ließ, bedeutete eine Anschubfinanzierung, mit der die Industrie der Bundesrepublik dank des Korea-Kriegs bereits namhafte Exportüberschüsse erwirtschaften konnte.

Diese sich abzeichnende wirtschaftliche Prosperität ermöglichte es der Bundesrepublik 1953, im Londoner Schuldenabkommen die Verbindlichkeiten des Deutschen Reiches anzuerkennen, was die volle **Konvertibilität der D-Mark** im internationalen Zahlungsverkehr ermöglichte. Nach der **Währungsreform** 1948 stand die D-Mark auch im Innern auf einer stabilen Grundlage. Zusammen mit der Errichtung der Montan-Union 1952 konnte – von allen wirtschaftlichen Vorteilen des gemeinsamen Marktes abgesehen – soviel politisches Vertrauen in die junge Republik entstehen, dass deutsche Waren auch weiterhin im Ausland gefragt blieben.

Wirtschaftspolitische Grundentscheidungen der Bundesrepublik, allen voran die Entscheidung für die **Soziale Marktwirtschaft**, stärkten die Investitionsbereitschaft der Industrie und die Massenkaufkraft in der Bevölkerung gleichermaßen. Die Bundesregierung stärkte durch gezielte Maßnahmen einzelne Wirtschaftszweige, wie z.B. durch Steuervorteile die Industrie oder durch staatliche Subventionen den Wohnungsbau.

Die **DDR** hingegen nahm weder an der Marshallplan-Hilfe teil, noch konnte sie auf anderem Weg auf Unterstützungsgelder zum Wiederaufbau hoffen. Die Sowjetunion setzte ihre rigorose Demontagepolitik fort, ohne jedoch selbst von den Demontagegütern profitieren zu können. Auch der Abbau des jeweils zweiten Gleises der Bahnlinien verringerte eher die Transportkapazitäten als dass er anderswo einen wesentlichen Nutzen gebracht hätte.

Die einzigen größeren Rohstoffvorkommen der DDR außerhalb des Braunkohleabbaus, vor allem Wismut, gingen als Sowjetische Aktiengesellschaft in den Besitz der Sowjetunion über, aber das Land war weiterhin ohne Steinkohle- und Eisenerzvorkommen.

Nach der stalinistischen Lehre war nur ein hoher Grad der Industrialisierung Voraussetzung für den Aufbau des Sozialismus als Wirtschafts- und Ge-

sellschaftsordnung. Das bedeutete vor allem ein möglichst großes Zurückdrängen des privatwirtschaftlichen Sektors durch Enteignungen oder Unterstellung unter staatliche Verwaltung. So wurden Industriebetriebe in **Volkseigene Betriebe** (VEB) umgewandelt und der private Wohnungsbesitz der Kommunalen Wohnungsverwaltung (KWV) unterstellt. Auch der **Handel** mit Konsumgütern wurde staatlich geregelt (HO – Handels-Organisation, auch Ulbrichts Wucherbude genannt). Produktion und Konsum wurden durch staatliche Planvorgaben und durch die Aufstellung von **Fünf-Jahr-Plänen** geregelt, was sich aber durch deren Ineffizienz und ökonomische Unflexibilität eher als hinderlich erwies.

Die Aufgabe der Industrialisierung erfüllte die SED z.B. in der Weise, dass sie auf ihrer 2. Parteikonferenz 1952 den vorrangigen **Aufbau der Schwerindustrie** als Mittel zur Durchsetzung des Sozialismus in der DDR forderte. Darauf folgte zunächst eine Verschlechterung der Versorgungslage in der Bevölkerung, was wiederum seitens der SED schärfere Reglementierungen und die Bevorzugung der Arbeiterschaft in den Betrieben nach sich zog.

Um die Produktivität zu erhöhen und die Planerfüllung sicherzustellen, beschloss das ZK des SED am 28. Mai 1953 eine Erhöhung der Arbeitsnormen um durchschnittlich 10 %, was unmittelbar zum Volksaufstand des 17. Juni 1953 führte.

Staatliche Repressionen gegen Andersdenkende, wirtschaftliche Gängelung, letztlich auch die Tatsache, dass gesellschaftliche Wertigkeit und nicht individuelle Leistung die Entlohnung und den gesellschaftlichen Standort bestimmten, führten dazu, dass nach 1953 jährlich Hunderttausende in den Westen flohen, vor allem über die nach wie vor offene Grenze in Berlin.

Eine leichte Lockerung im Klima innerhalb der DDR als Folge einer sehr zögerlichen Entstalinisierung wich mit der Verkündung des Siebenjahrplanes 1959 einer zunehmenden Verhärtung: Forcierte Kollektivierung der Landwirtschaft und des Handwerks und die Einführung des „Gesetzbuchs der Arbeit“ sorgten für allgemeine Missstimmung, die durch die Verhärtung der internationalen Lage und die Drohgebärden der Sowjetunion gegenüber dem Westen sich zu einer grundlegenden Krisenstimmung entwickelte.

In der ersten Hälfte des Jahres 1961 wuchs dann die Flüchtlingswelle zu einem Strom an, der die DDR **wirtschaftlich ausbluten** lassen konnte. Vor allem der Aderlass an – in der DDR unterbezahlten – Spezialisten, Facharbeitern und Akademikern traf die DDR-Wirtschaft in ihrem Mark, so dass die SED-Führung 1961 keinen anderen Ausweg als die Abriegelung der Grenze zum Westen mehr sah.